

20 Finanz-, Rechnungswesen und EDV

Sachbearbeiter Herr Bretthauer
Telefon 85 - 12212

Gelnhausen, 23.10.2008

Eingangsstempel

E: Referat 4

24. OKT. 2008

zur TO am 28.10.2008

Drucksache Nr. 257108

Kreisausschussvorlage

Betr.: Beantwortung der Anfrage Nr. 53/2008 der Kreistagsfraktion Die Linke

Beschlussvorschlag:

Die Anfrage Nr. 53/2008 der Kreistagsfraktion Die Linke wird wie umseitig dargestellt beantwortet.



Amtsleiter



Dezernent

TOP-Nr.

6

Beschlusstenor:

vonagegemäß beschlossen

gez. Frenz

Vorsitzender

gez. Böff

Schriftführer

Datum 28. Okt. 2008

Ausgefertigt für:

D1, D2, D3, R1, R2, R3, CDU, SPD, B90 Die Grünen, FDP, REPTU, Linke
R4UT (2x) AL20 Herr Bretthauer, R4KA

Der Bund der Steuerzahler hat vor unabsehbaren Folgen der Finanzmarktkrise für die öffentlichen Kassen gewarnt. „Das finanzielle Ausmaß der Lasten der Finanzkrise auf allen staatlichen Ebenen und bei den privaten Banken ist für die Steuerzahler derzeit kaum abzuschätzen,“ sagte Verbandspräsident Karl Heinz Däke bei der Vorstellung des Schwarzbuches 2008 in Berlin. Auch staatliche Banken und Kommunen hätten sich „deutlich verzockt“. Städte und Gemeinden hätten „im großen Stil“ mit Steuergeldern spekuliert. Die Kommunen hofften, ihre Schuldenberge einfach und schnell abzubauen, um Steuergelder zu sparen, doch es kam anders: Mit riskanten Zinsspekulationen – so genannten Swap-Geschäften – habe etwa die nordrhein-westfälische Stadt Hagen mehr als 50 Millionen Euro verloren, in Remscheid seien es 13 Millionen und in Neuss zehn Millionen Euro. Experten schätzten, dass bundesweit rund 700 Kommunen solche Geschäfte abgeschlossen hätten „und noch viele Millionen Euro Steuergelder verloren gehen,“ so Däke.

Dies vorausschickend, stellen wir folgende Fragen:

Frage 1:

Hat der Main-Kinzig-Kreis solche Swap-Geschäfte getätigt?

Antwort:

Bei den genannten Geschäften der Stadt Hagen und anderer Kommunen handelt es sich um sog. „Spread Ladder Swaps“, die eine deutsche Großbank bundesweit verkauft hat. Es geht hierbei um eine Zinswette zur Differenz (Spread) zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinsen.

Durch die Hebelwirkung mehrerer Variablen ist ein möglicher Verlust nicht begrenzt. Der Main-Kinzig-Kreis hat solche Geschäfte nicht abgeschlossen. Im Gegenteil wurde uns von unseren beratenden Instituten eindringlich hiervon abgeraten.

Weiterhin legen wir größten Wert darauf, entsprechend den Ratschlägen der Hessischen Landesbank und unserer Sparkassen vorausschauende Zinsvereinbarungen zu treffen. Der Kreisausschuss „zockt“ nicht und beteiligt sich auch nicht an „riskanten Zinsspekulationen“!

Frage 2:

Wenn ja, welche Risiken bzw. Verluste sind derzeit absehbar?

Antwort:

Siehe Antwort zu 1.

Frage 3:

Welche Folgen kann der Kreisausschuss für den Main-Kinzig-Kreis aus der Finanzkrise derzeit abschätzen?

Antwort:

Es sind keine Folgen hinreichend genau abschätzbar. Wahrscheinlich ist der Ausfall von Steuereinnahmen und damit eine Verminderung künftiger Finanzausgleichsleistungen für die Kommunen. An weitergehenden Spekulationen beteiligt sich der Kreisausschuss nicht.

Frage 4:

Sind weitere Insolvenzen, wie z.B. bei der Fa. Knaus-Tabbert im Main-Kinzig-Kreis zu erwarten?

Antwort:

Der hier zugrunde liegende Sachverhalt steht in keinem Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise. Inwieweit Insolvenzen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise oder den Problemen der Fa. Knaus-Tabbert entstehen, ist nicht verlässlich zu prognostizieren. Deshalb beteiligt sich der Kreisausschuss auch hier nicht an Spekulationen.

Frage 5:

Ist dem Kreisausschuss bekannt, ob es in Kommunen oder Betrieben des Kreises Verluste aufgrund von Swap-Geschäften oder ähnlich riskanter Finanzgeschäfte gibt?

Antwort:

Da die im Vorspann genannten Geschäfte mit zweistelligen Millionenverlusten auch eine entsprechende Dimension der Anlage voraussetzen, ist die Fragestellung unzutreffend und nicht nachvollziehbar.